

Kriterienliste zur Prüfung und Standardisierung von Berichten der Arbeitsgremien

1	Allgemeine Angaben zum Bericht
1.1	Arbeitsgremium: Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz Ansprechperson/Tel.-Nr.: LAI-Geschäftsstelle Johannes Lobinger / 0331 866-7924 E-Mail: LAI@MLUL.Brandenburg.de
1.2	Bezeichnung des Berichts: Überarbeitung der Erschütterungsrichtlinie
1.3	Die Thematik des Berichts ist ☐ neu ☒ wegen sachlicher Änderungen neu erfasst
1.4	Kurze Zusammenfassung der Kernaussagen des Berichts Die Änderungen gegenüber der alten Fassung betreffen vor allem Klarstellungen (beispielsweise „gewerblich genutzte Räume“ statt „Werkhallen“, ausführliche Erläuterungen zur Ermittlung der Beurteilungsgröße in Ziff. 3.1), Aktualisierungen der in Bezug genommenen Normen und die Berücksichtigung der Kategorie „Urbanes Wohnen“.

2	Notwendigkeit des Berichts
2.1	Warum wurde der Bericht erstellt / (Ziel): Im Dezember 2016 wurde eine überarbeitete Fassung der DIN 4150 „Erschütterungen im Bauwesen“ veröffentlicht, auf dessen Vorgänger der hier vorgelegte Leitfaden Bezug nimmt. Daraufhin hat die LAI die Leitlinie überarbeitet und auch alle aus anderen Gründen erforderlichen Aktualisierungen an der aus dem Jahr 2000 stammenden Fassung vorgenommen.
2.2	Auswirkungen und Relevanz für die Länder und den Bund: -
2.3	Ergebnis bzw. Beschlussvorschlag: Die Umweltministerkonferenz nimmt die Hinweise zur Messung, Beurteilung und Verminderung von Erschütterungsimmissionen in der Fassung vom 06.03.2018 zur Kenntnis.

3	Analyse von Konfliktpotenzial	
	Durch den Beschluss betroffene Gruppen und Auswirkungen	
	(bitte betroffene Gruppe angeben)	(Bitte Gruppierungen bzw. Bereiche angeben, bei denen der Beschluss Restriktionen zur Folge hat)
	Bund	Keine
	Länder	Keine
	Unternehmen (einschl. Landwirtschaft)	Keine

	Bürgerinnen und Bürger	Keine
	Sonstige	Keine

4	Kostenfolgenabschätzung						
4.1	Welche Kosten werden bei Beschluss der Ergebnisse verursacht? (Bitte einmalige Kosten mit Zusatz A, wiederkehrende Kosten mit Zusatz B angegeben)						
	(bitte betroffene Gruppe angeben)	Personal-kosten	A	B	Sachkosten (incl. Verfahrens-kosten)	A	B
	Bund	Keine			Keine		
	Länder	Keine			Keine		
	Unternehmen (einschl. Landwirtschaft)	Keine			Keine		
	Bürgerinnen und Bürger	Keine			Keine		
	sonstige	Keine			Keine		
Falls die Kosten nicht angegeben werden können, bitte erläutern:							
-							
4.2	Wurde eine Kosten-/Nutzenanalyse angestellt und Einsparungsmöglichkeiten geprüft? (bitte Ergebnis darstellen)						
	Nicht erforderlich						

5	Alternativen
5.1	Welche Auswirkungen hätte ein Verzicht des vorgeschlagenen Beschlusses: Behinderung eines einheitlichen Vollzugs des § 5 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 und § 22 Abs. 1 des BImSchG sowie zusätzliche Erschwernisse bei der Kommunikation zwischen Betreibern, Ländern und Bund
5.2	Welche Alternativen bestehen und/oder wurden geprüft: Keine